

Südlich von Sarajevo glimmt die Lunte noch immer

Konfliktbogen von der Adria bis ans Kaspische Meer

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt, geb. 1946 in Dillenburg, Studium der Sozialwissenschaften in Bochum, Wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Berlin, externer Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, lehrt seit 1995 Politikwissenschaft an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

Gebannt schaute die Weltöffentlichkeit auf die Initiative der US-Diplomatie und ihres Unterhändlers Richard Holbrooke. Für Bosnien-Herzegowina sollte im amerikanischen Dayton eine Konfliktlösung gefunden werden. Noch ist offen, ob die gefundene Lösung auf Dauer stabil sein wird. Skeptiker befürchten, daß es den Vermittlern vornehmlich um einen innenpolitisch verwertbaren Erfolg gegangen ist, und daß die neuen Grenzziehungen bereits den Konfliktstoff von morgen in sich bergen.

Über Bosnien-Herzegowina sollte freilich nicht vergessen werden, daß sich südlich von Sarajevo noch immer ein gefährliches Gemisch von Differenzen, Rivalitäten und Konflikten aufstaut. Die internationale Staatengemeinschaft sollte den Konfliktbogen nicht vergessen, der sich von der Adria bis ans Kaspische Meer erstreckt und folgende Staaten und Territorien einbezieht: *Albanien, Kosovo, Mazedonien, Griechenland, Bulgarien und Türkei*. Hier liegt der Sprengstoff für einen neuen Balkankrieg. Es wäre der dritte. Der erste fand bekanntlich 1912 und der zweite 1913 statt.¹

Krisenszenario

Folgendes Szenario nährt die Befürchtungen: Im Kosovo macht die albanische Bevölkerung erneut gegen die serbische Unterdrückung mobil und verlangt Autonomie, Selbständigkeit oder gar den Anschluß an Albanien. So wie schon in der jüngeren Vergangenheit zögert die serbische Führung keinen

¹ Die im Balkanbund zusammengeschlossenen Staaten (Bulgarien, Serbien, Griechenland, Montenegro) hatten im 1. Balkankrieg dem Osmanischen Reich den Krieg in der Absicht erklärt, die Türken aus Europa zu vertreiben. Mazedonien wurde von Bulgarien, Serbien und Griechenland erobert, Epirus von Griechenland. Im Friedensvertrag von London (30. 5. 1912) trat das Osmanische Reich alle von den Verbündeten eroberten Gebiete sowie die ägäischen Inseln ab. Serbien eroberte Kosovo, es kam zu Massakern an der nichtorthodoxen Bevölkerung. Im 2. Balkankrieg kam es zum Konflikt zwischen den ehemals verbündeten Staaten, es ging um die Kriegsbeute des 1. Balkankriegs, Mazedonien. Bulgarien griff Serbien und Griechenland an, Rumänien und das Osmanische Reich stellten sich gegen Bulgarien. Im Friedensvertrag von Bukarest (10. 8. 1913) wurde die Niederlage Bulgariens besiegelt. Der größte Teil Mazedoniens fiel an Serbien und Griechenland. Bulgarien verblieb nur ein kleiner Teil sowie ein schmaler Zugang zur Ägäis. Die bulgarische Revanche erfolgte im 1. Weltkrieg, als Bulgarien mit den Mittelmächten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich) gegen Serbien und Rumänien kämpfte.

Augenblick und läßt die Armee intervenieren. Denn für die Serben war und ist *das Amselfeld* Herzstück der eigenen Identität.² Es kommt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, wobei sich die Serben aufgrund ihrer Machtmittel in der besseren Position befinden. Den Kosovo-Albanern droht eine vernichtende Niederlage. Da können die Landsleute im benachbarten Albanien nicht untätig bleiben. Gedrängt durch eine massive Volksbewegung, entschließt sich die Führung in Tirana, den bedrängten Kosovo-Albanern beizustehen. Auch die Albaner im ehemals jugoslawischen Mazedonien bleiben nicht untätig.

Es entsteht ein klassisches Sicherheitsdilemma, den Nachbarländern in der Region bleibt verborgen, was die Ziele der Interventen sind: Wollen sie lediglich den bedrängten Landsleuten beistehen oder aber haben sie mehr im Sinn? Sollen Einflußgebiete und Grenzen geändert werden? Will Albanien sich das Kosovo einverleiben? Verstärkt die Intervention Tiranas zugunsten von Landsleuten den albanischen Nationalismus im eigenen Land? Müssen die nicht-albanische Bevölkerungsteile - etwa die Griechen im südlichen Albanien - darunter leiden? Führt das Eingreifen der mazedonischen Albaner zu einer internen Zerreißprobe und zu einem Zerfall des neu gegründeten Staates Mazedonien?

All diese Fragen könnten für Griechenland und Bulgarien der Grund sein, nicht länger passiv zu bleiben: Griechenland interveniert in Albanien, um die dortige griechische Minderheit zu schützen. Nationalisten in Griechenland drängen darauf, das Siedlungsgebiet der albanischen Griechen dem eigenen Land anzugliedern, weil dies der beste Schutz der bedrängten Minderheit sei. Auch an seiner Nordgrenze bleibt Griechenland nicht länger untätig. Der zerfallende Staat des jugoslawischen Mazedoniens kann das - wenn auch labile - bisherige Gleichgewicht gefährden. Serbien, aber auch Bulgarien könnten sich auf mazedonisches Territorium ausdehnen. Und da Albanien bereits dabei ist, Grenzen zu verschieben: Wer gibt Griechenland die Garantie, daß die eigenen Grenzen unangetastet bleiben? Also entschließt sich auch Athen dazu, seine Interessen im ehemals jugoslawischen Mazedonien zu sichern. Zumindest ein territoriales Faustpfand muß es sein, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Ein cordon sanitaire im Norden kann schließlich nicht von Schaden sein.

Bulgarien kann da nicht abseits stehen. Schließlich war man stets der Auffassung, daß ein Teil des mazedonischen Territoriums zu Bulgarien gehöre. Was also liegt näher, als diese alte Rechtsauffassung in Zeiten allgemeiner Unsicherheit und Grenzverschiebung Realität werden zu lassen? Bei den Verwerfungen bleibt jetzt auch die Türkei nicht untätig: Schließlich sind es Muslime, die im Kosovo und nachfolgend auch in Albanien und dem ehemals jugoslawischen Mazedonien bedrängt werden. Die Türkei, die sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts immer mehr als Regionalmacht begreift, würde

2. Auf dem Amselfeld (Kosovo) fand 1389 der Aufstand der Serben gegen die osmanische Herrschaft statt. Die Serben wurden vernichtend geschlagen. Der St. Veitstag (28. Juni) ist seitdem von nationaler Bedeutung für Serbien.

eine durchgreifende Veränderung des Gleichgewichts auf dem Balkan nicht tatenlos hinnehmen. Schon der Gedanke, daß der traditionelle Widersacher Griechenland seinen regionalen Einfluß vergrößern könnte, müßte die Türkei zum Handeln veranlassen. Kurzum, aus dem zunächst begrenzten Konflikt im Kosovo könnte alsbald der Steppenbrand eines neuen Balkankrieges entstehen.

Vermittlungsversuche und Zeichen der Hoffnung

Es gibt freilich auch Zeichen der Hoffnung. Bei den obigen Ausführungen handelt es sich um den schlimmsten Fall, also ein *worst case-Szenario*. Die internationale Staatengemeinschaft war und ist durchaus nicht untätig, um den in der Region vorhandenen Konfliktstoff zu entschärfen. Zu nennen sind vor allem folgende Aktivitäten:

- Erstens haben internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE, heute: OSZE, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit) und die Europäische Union (EU), aber auch die USA Beobachter sowie begrenzte Militärverbände (zur Abschreckung) in die Krisenregion entsandt. An Vermittlungsbemühungen zwischen den Kontrahenten hat es ebensowenig gefehlt. Was ist also der Effekt dieser Bemühungen?
- Zweitens stellt sich die Frage, welchen Einfluß die aktuellen Friedensbemühungen um Bosnien-Herzegowina auf die angesprochene Krisenregion haben. Ermutigen sie die dortigen Akteure, ebenfalls nach Lösungen für ihre Streitfragen zu suchen? Oder setzt die Bosnien-Vermittlung ganz im Gegenteil - etwa auf serbischer Seite - Kräfte frei, sich nun auf die Verfolgung eigener Interessen und Ansprüche im Süden zu konzentrieren?
- Drittens ist es in jüngster Zeit zu der von der EU und der Staatengemeinschaft lange erhofften Annäherung von Griechenland und der — so die korrekte diplomatische Bezeichnung - Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM) gekommen. Wichtige Fragen, so die Namensgebung Mazedoniens, blieben indessen offen. Mithin bleibt die Frage, ob man hier bereits von einer dauerhaften Beilegung der Streitfragen sprechen kann.

Der Konfliktbogen

Von den rund 6 Millionen Albanern auf dem Balkan lebt nur die Hälfte in den Grenzen eines eigenen Staates. Der Rest findet sich verstreut im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Von den 1,8 Millionen Bewohnern des Kosovo werden 80 bis 90 Prozent der albanischen Bevölkerungsmehrheit zugeordnet.³ Die Albaner haben allen Grund, mit ihrer Lage im Kosovo unzufrieden zu sein: 1974 hatte die autonome Provinz Kosovo einen annähernd gleichen Status wie die übrigen jugoslawischen Republiken erhalten. Gleichwohl entlud sich der vorhandene albanische Nationalismus 1981 in der Forderung nach einer eigenen Republik. Ab 1989 nahm die Belgrader Führung

³ Zur Information über diesen Krisenherd sei verwiesen auf Jens Reuter, *Die Albaner im Kosovo*. München 1982; sowie Christine von Kohl/Wolfgang Libal, *Kosovo: gordischer Knoten des Balkan*, Wien/Zürich 1992.

die angebliche Unterdrückung der Minderheiten im Kosovo zum Anlaß, um die dort geltende Autonomie zu beseitigen. Über 100 000 Albaner wurden aus den Verwaltungen, Universitäten, Schulen, Medien und Krankenhäusern entlassen. Serben übernahmen die Schlüsselpositionen. Als Reaktion kam es zu massiven Protesten der Albaner mit der Errichtung eines eigenen Regimes, inklusive separater Verwaltungs- und sonstiger öffentlicher Dienstleistungen. Ein Referendum im Jahr 1991 und selbst organisierte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1992 sowie die Bildung einer Exilregierung unterstrichen den Anspruch auf Eigenstaatlichkeit. Wenn auch die Kosovo-Albaner generell einen vorsichtigen politischen Kurs verfolgen, so gibt es aus ihren Reihen durchaus den Ruf nach einem Anschluß an Albanien, was wiederum den serbischen Anspruch auf das Amsfeld nur verstärkt. Albanien's Führung hält sich bezüglich der eigenen Ambitionen bedeckt: Ein von Restjugoslawien unabhängiges und neutrales Kosovo erscheint als Minimalforderung.

Die Möglichkeiten der Staatengemeinschaft sind im Falle des Kosovo äußerst beschränkt; schon die Anwesenheit von Beobachtermissionen hängt von der Zustimmung Serbiens ab. Aber auch der Wille ist begrenzt: Was für den Jugoslawienkonflikt insgesamt gilt, macht sich im Fall des Kosovo besonders gravierend bemerkbar - insbesondere die Europäer sind untereinander uneins. Das gilt hinsichtlich einer gemeinsamen Lagebeurteilung, dem gemeinsamen Willen zu handeln und dem dazu nötigen Instrumentarium. Ohnehin steht bis heute das Kosovoproblem für die Weltöffentlichkeit im Schatten des Bosnien-Konflikts. Die Bemühungen zur Beilegung dieses Konflikts könnten die Lage im Kosovo entspannen, wenn die Verhandlungen mit den Serben und die damit gegebene (begrenzte) internationale Anerkennung ihrer Führung diese zu einer kompromißbereiteren Haltung veranlaßt. Dies dürfte der Fall sein, wenn sich der Eindruck auf serbischer Seite verfestigt, daß Verhandlungen sich lohnen. Es könnte freilich auch sein, daß sich die Serben im Fall des Kosovo weiterhin unversöhnlich zeigen, ja daß sich hier ihre Handlungsfähigkeit noch vergrößert. Schließlich müßten die Belgrader Serben nicht mehr ihren „Brüdern und Schwestern“ in Bosnien beistehen, und die serbische Republik dürfte sich nach einem Friedensschluß wirtschaftlich stabilisieren. Auch könnten die in Dayton vereinbarten Grenzziehungen unter den Serben die Gewißheit verstärken, daß sich Aggression bezahlt macht.

Albanien's Problem besteht in der wenig positiven wirtschaftlichen Lage und der nur langsam vorankommenden Demokratisierung. Wie geschildert, kann sich Albanien des Kosovo-Problems wegen der ethnischen Bindungen nicht entledigen. Zwei weitere Streitfragen belasten darüber hinaus dieses von Europa weitgehend „vergessene“ Land: zum einen die Lage der albanischen Bevölkerung im ehemals jugoslawischen Mazedonien und zum anderen die Auseinandersetzung mit Griechenland um die griechische Minderheit im Süden Albanien's - von den Griechen *Nordepirus* genannt.

Das südliche Albanien war lange Zeit zwischen beiden Ländern umstritten. Als 1914 das Protokoll von Florenz *Nordepirus* Albanien

zusprach, bekannten sich etwa 20 Prozent der albanischen Einwohner zum griechisch-orthodoxen Glauben. Gemeinsam mit entsprechenden politischen Organisationen gehört die Kirche in Griechenland zu den energischsten Verfechtern einer „Rückkehr von Nordepirus“. 1971 wurden diplomatische Beziehungen zwischen Tirana und Athen aufgenommen. Seit dieser Zeit wurde der griechische Anspruch auf Nordepirus auch offiziell aufgegeben. 1987 wurde der 1940 Albanien erklärte Kriegszustand beendet. Nach griechischer Auffassung hat sich zudem das Problem der in Griechenland in der Region Cameria (auf griechisch: Tsamouria) lebenden albanischen Minderheit mit deren Liquidation und Vertreibung nach dem Abzug der deutschen Besatzungstruppen im Zweiten Weltkrieg erledigt. Griechische Schätzungen beziffern die Minderheit in Albanien auf rund 350 000, albanische Angaben kommen lediglich auf 60 000 (Zensus von 1981).

Nachdem immer mehr albanische Flüchtlinge die Grenze nach Griechenland überschritten hatten, und sich der griechische Nationalismus wegen der Mazedonienfrage immer mehr ausgebreitet hatte, ist es zu einer ernsthaften Belastung des bilateralen Verhältnisses gekommen. Erst in jüngster Zeit hat sich Griechenlands Außenminister Karolos Papoulias, der sich als Architekt der Entspannung mit (dem damals noch kommunistischen) Albanien hervorgetan hat, um die Verbesserung der Beziehungen zu Albanien bemüht. Von internationaler und europäischer Seite hat es bislang keine Vermittlungsversuche in dieser Streitfrage gegeben.

Griechenlands Verhältnis zu seinen Nachbarn wird auch durch die Mazedonienfrage belastet.⁴ Nach dem 2. Balkankrieg kam es 1913 im Vertrag von Bukarest zur Aufteilung Mazedoniens: Griechenland erhielt 51,1 Prozent, Serbien 39,5 Prozent und Bulgarien 10,4 Prozent. Mit der Gründung der „Föderativen Republik Mazedonien“ wollte Tito 1944 ein Gegengewicht gegen Serbien schaffen und probulgarische Strömungen durch die Schaffung eines „mazedonischen Volkes“ abwehren. Was da als Volk gegründet wurde, war eine bunte ethnische Mischung. 1981 gab es unter den 1 912 257 Einwohnern 67 Prozent „Mazedonier“, 19,7 Prozent Albaner, 2,3 Prozent Serben, 2 Prozent Pomaken, 2,5 Prozent Roma, 4,5 Prozent Türken, 0,4 Prozent Viachen und 0,1 Prozent Bulgaren.

Athen und Skopje streiten sich vor allem wegen folgender Punkte: Griechenland akzeptiert nicht, daß die ehemalige jugoslawische Republik unter dem Namen Mazedonien international anerkannt wird. Athen widerspricht mit Nachdruck der von Skopje aufgestellten Behauptung, wonach es in Griechenland eine slawo-mazedonische Minderheit gebe. Athen befürchtet territoriale Ansprüche auf griechisches Gebiet, wenn Skopje als „Mazedonien“ anerkannt würde. Daß auf der mazedonischen Flagge der „Stern von Vergina“ zu sehen war, der auf dem Grabmal Philips von Mazedonien gefunden wurde, hat in Griechenland die Gemüter erregt. Auch in der Verfassung

⁴ Vgl. ausführlich Heinz-Jürgen Axt, Mazedonien: ein Streit um Namen oder ein Konflikt vor dem Ausbruch? In: Europa-Archiv, 48/1993, S. 65-75.

Mazedoniens (Präambel, Art. 3 und 49) hatte man in Griechenland expansionistische Anmaßungen gesehen.

Der heutige Nationalismus im jugoslawischen Mazedonien ist in historischer Kontinuität zum Nationalismus des 19. Jahrhunderts zu sehen. 1896 wurde die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation (IMRO) gegründet.⁵ Ihr Ziel war die Befreiung von den Türken und die nationale Unabhängigkeit. Unter der Herrschaft der Serben nach 1913 und im Rahmen der Föderation Jugoslawien ab 1944/46 konnte sich der Nationalismus - auch die mazedonische Partisanenbewegung während des Zweiten Weltkriegs war eher nationalistisch als kommunistisch - nicht voll zur Geltung bringen. Erst mit dem Zerfall Jugoslawiens und mit dem Referendum vom 8. September 1991 in Mazedonien ergab sich hierzu eine Chance. Die Nationalisten im Umkreis der heutigen IMRO-DPMNU (IMRO-Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Unabhängigkeit) dürfen nicht unter-, aber auch nicht überschätzt werden: im Parlament sind sie vertreten, nicht aber in der Regierung. Aber nicht nur im ehemals jugoslawischen Mazedonien, sondern auch in Griechenland ist in jüngster Vergangenheit von führenden Politikern der Nationalismus geschürt worden, z. B. vom ehemaligen Außenminister Antonis Samaras, der sich damit innenpolitisch zu profilieren suchte.

Entspannungsbemühungen blieben unter diesen Umständen auf der Strecke. Die Europäische Union hat in dem Konfliktfall ein wenig überzeugendes Bild geliefert, sie hat sich von Griechenland die Politik vorgeben lassen. Als Vermittlungsinstanz und Krisenmanager ist die EU durch das griechische Diktat ausgeschaltet worden.

Nicht zuletzt aufgrund US-amerikanischer Vermittlung ist es am 13. September 1995 zu einem Vertrag zwischen Skopje und Athen im Rahmen der von den Vereinten Nationen geförderten Verhandlungen gekommen. Der 23 Artikel umfassende Vertrag ist ausführlicher darzustellen, weil zu diesem aktuellen Vorgang in den Medien viel Irreführendes berichtet worden ist:⁶ Griechenland verpflichtet sich zur diplomatischen Anerkennung Mazedoniens und auch dazu, sein am 16. Februar 1994 errichtetes Handelsembargo aufzuheben. Skopje verzichtet auf den Stern von Vergina in seiner Flagge und bekräftigt, daß seine Verfassung keine territorialen Ansprüche beinhaltet und auch nicht zur Intervention in interne Angelegenheit Griechenlands auffordert. (Geändert wird die Verfassung entgegen vieler Falschmeldungen nicht.) Beide Seiten verpflichten sich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, zur Errichtung von Verbindungsbüros in den Hauptstädten, zum Gewaltverzicht, zur Grenzgarantie sowie zum Verzicht auf territoriale Ansprüche und auf feindliche Propaganda. Über den Namen des ehemals jugoslawischen Mazedoniens soll unter den Auspizien der Vereinten Nationen weiter verhandelt werden.

⁵ Zur IMRO vgl. Stefan Troebst, Mussolini, Mazedonien und die Mächte 1922-1930. Die „Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation“ in der Südosteuropapolitik des faschistischen Italien, Köln/Wien 1987.

⁶ Dem Verfasser liegt das Originaldokument in Kopie vor, so wie es vom griechischen Presse- und Informationsbüro am 14.9.1995 übermittelt worden ist.

Der Vertrag stellt einen Fortschritt dar, auf den man allerdings zu lange warten mußte. Viel ist versäumt worden, um die krisenhafte Region zu stabilisieren. Was hier an Vertrauen auf beiden Seiten zerstört worden ist, wird erst in einem längeren Prozeß der Vertrauensbildung wieder zurückgewonnen werden können. Es hätte letztlich im Vorteil Griechenlands gelegen, sich nicht vom grassierenden Nationalismus auf dem Balkan anstecken zu lassen, sondern frühzeitig mit einem Kooperationsangebot auf Skopje zuzugehen. Dabei hätte verdeutlicht werden können, daß Zusammenarbeit dauerhaft nur zu haben ist, wenn diplomatische und völkerrechtliche Normen (Gewaltverzicht und Grenzgarantie) eingehalten werden. Statt sich auf den Streit mit dem Nachbarn zu konzentrieren, hätten beide Seiten die Zeit nutzen können, um ihre außenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. So wie Griechenland seine Wettbewerbsfähigkeit im EU-Markt verbessern muß, so wäre die zentrale Aufgabe mit Blick auf Mazedonien gewesen, die dortigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu verbessern, und auf diese Weise dem Nationalismus den Boden zu entziehen. Das hat vor allem die griechische Obstruktionspolitik der Vergangenheit zum Schaden Athens verhindert. Noch ist nicht sicher, daß der derzeit stillgelegte Konflikt nicht im Verlauf der Verhandlungen über den Staatsnamen in dieser oder jener Form wieder hochkommt.

Das ehemals jugoslawische Mazedonien hat sich indessen nicht nur mit seinem Nachbarn Griechenland auseinanderzusetzen. Auch im Land brodelt es: Mehr als 370 000 Albaner besitzen zwar im Vergleich mit den Albanern in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien einen relativ gesicherten Status, doch fühlen sie sich in der Verwaltung, im Bildungssystem und in der Wirtschaft benachteiligt. Radikale Kräfte unter den Albanern streben gar eine Vereinigung mit dem Kosovo oder Albanien an. Wie bereits geschildert, ist Mazedonien wie der gesamte Balkan an dieser Flanke besonders verwundbar. Zwischen nationalistischen Kräften und radikalen Albanern könnte das junge Staatswesen zerbrechen.

Zu Zeiten des Ost-West-Konflikts waren die guten Beziehungen zwischen Bulgarien und Griechenland ein stabilisierendes Element auf dem Balkan. Die Beziehungen sind allerdings in jüngerer Zeit durch zwei Entwicklungen getrübt worden: Erstens hat Sofia die Annäherung an die Türkei gesucht. Der Schritt war innenpolitisch motiviert. Von den knapp 9 Millionen Einwohnern Bulgariens sind 1 Million muslimischen Glaubens. Diese Turk-Bulgaren, noch vor kurzem von Bulgarien massiv benachteiligt und zur Flucht in die Türkei veranlaßt, wurden als Koalitionspartner von bulgarischen Parteien umworben. Je mehr sich die regierende Union der demokratischen Kräfte auf die Unterstützung durch die Türkische Bewegung für Rechte und Freiheiten verlassen mußte, desto mehr wurden die Kontakte zur Türkei intensiviert. In Griechenland sah man darin eine gegen griechische Interessen gerichtete Aktivität, nahm dort an, Bulgarien stünde nicht länger als Bündnispartner gegen die Türkei zur Verfügung.

Daß Bulgarien das jugoslawische Mazedonien diplomatisch anerkannt hat, wurde in Griechenland als unfreundlicher Akt gewertet. Früher bestand zwischen Athen und Sofia ein Konsens, daß es keine mazedonische Frage gebe. Danach existierten in beiden Ländern keine ethnischen Minderheiten, sondern lediglich religiöse und kulturelle Minoritäten. Diese Übereinstimmung besteht heute nicht mehr. Um seine eigenen Einflußmöglichkeiten in der Region zu mehren, hat Sofia Mazedonien zwar als Staat, aber nicht als eigene Nation anerkannt. Daß Bulgarien - so wie bereits dreimal in diesem Jahrhundert - wieder Ansprüche auf griechisches Territorium erheben könnte, um Zugang zur Ägäis zu erhalten, und daß Sofia Territorialforderungen gegenüber dem jugoslawischen Mazedonien geltend macht, sollte angesichts der instabilen Lage auf dem Balkan nicht auf alle Zeit ausgeschlossen werden. Derzeit allerdings verhält sich die bulgarische Führung besonnen und nimmt eher eine Vermittlerrolle zwischen Griechenland und der Türkei einerseits sowie dem ehemals jugoslawischen Mazedonien andererseits ein.

Wie eingangs bereits erwähnt, ist auch die Türkei von den Konflikten auf dem Balkan betroffen.⁷ Angesichts der im eigenen Lande stärker werdenden islamistischen Kräfte kann keiner türkischen Regierung das Schicksal der muslimischen Population auf dem Balkan gleichgültig bleiben. Immerhin leben dort knapp 8 Millionen Muslime. In der Vergangenheit hat sich die türkische Führung sehr besonnen verhalten. Sie hat zwar die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen insbesondere zu jenen Staaten vertieft, die über einen hohen muslimischen Bevölkerungsanteil verfügen. Die Türkei hat aber keineswegs die Auseinandersetzungen auf dem Balkan im Sinne eines fanatischen Islamismus angeheizt. Wie sich die Türkei künftig verhalten wird, hängt wesentlich von ihrer inneren Entwicklung ab. Sollten religiöse Eiferer die Oberhand gewinnen und die weltlich und auch westlich ausgerichtete derzeitige Führungsschicht zurückdrängen, würde auch der Balkan von dieser Entwicklung nicht unberührt bleiben. Von der Türkei ginge in diesem Fall vielmehr eine radikalisierte Wirkung aus.

	Bevölkerung (Mio.)	Muslime (in Prozent)
Kosovo	1,8	85
Albanien	3,0	70
Bosnien-Herzegowina	4,4	50
Mazedonien	2,0	35
Montenegro	0,6	26
Bulgarien	9,0	11
Griechenland	10,0	1,5

Quelle: Irene Reuter-Hendrichs, Jugoslawiens Muslime, in: Südosteuropa Mitteilungen, 2/1989, S. 105-115.

⁷ Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Der „Islamische Bogen“ vom Balkan bis nach Zentralasien: Die Türkei als neue Regionalmacht? In: Südosteuropa, 9/1992, S. 546-557.

Was im Westen oft unterschätzt wird, ist die Tatsache, daß es der Führung in Ankara durchaus bewußt ist, daß die Türkei mit panislamischen Ambitionen auf dem Balkan (aber auch in Zentralasien, dem zweiten bedeutsamen regionalen Wirkungsfeld türkischer Außenpolitik) ihrer eigenen Staatsordnung die Grundlagen entziehen würde. Das von Kemal Atatürk begründete Entwicklungsmodell würde von Islamisten in Frage gestellt, wenn die Türkei den Panislamismus zum Prinzip der Außenpolitik erhöbe. Die Weltöffentlichkeit sollte sich daher bewußt sein, daß die Abkehr von der säkularisierten Staatsordnung in der Türkei nicht auf das Land beschränkt bliebe, sondern regionale Auswirkungen hätte. Zentralasien mit seinen turkstämmigen Bevölkerungen wäre davon ebenso betroffen wie der Balkan. Gelingt es, die Türkei zu stabilisieren und auf den Weg zur vollständigen Achtung von demokratischen und Minderheitenrechten zu führen, trägt dies ganz erheblich zur Beruhigung der Lage auf dem Balkan bei. Insoweit ist auch das türkische Selbstverständnis, Ordnungsmacht auf dem Balkan zu sein, ambivalent.⁸ Letztlich entscheidet der von der Türkei eingeschlagene Weg darüber, ob sich die Türkei an einer ökonomischen und politischen Neuordnung des Balkans beteiligt, die diese immer wieder von Krisen und Kriegen heimgesuchte Region befriedet und ihre Entwicklungschancen verbessert. Die Alternative bestünde darin, daß die Türkei zu Denkvorstellungen des vorigen Jahrhunderts zurückkehrt, ihr nationales Interesse in den Vordergrund stellt und sich Einflußzonen zu sichern sucht. Religiöse Eiferer würden dabei den Ton angeben.

Perspektiven

Über dem aktuellen Vermittlungsprozeß in Bosnien-Herzegowina sollte nicht vergessen werden, daß auf dem Balkan weitere schwerwiegende Konfliktquellen bestehen, die noch immer nicht befriedet sind. Die Bemühungen der internationalen Organisationen waren in ihrer stabilisierenden Wirkung bislang ebenso begrenzt wie der Wille der betroffenen Staaten, zu einer Verbesserung der Beziehungen beizutragen. Die Europäische Union hat sich auf dem Balkan bislang kaum als handlungsfähiger Akteur hervortun können. Sie wurde freilich in der Auseinandersetzung um Mazedonien auch von einem eigenen Mitgliedsstaat, nämlich Griechenland, daran gehindert. Aus diesem Grund könnte die jetzt erreichte Verständigung zwischen Griechenland und dem ehemals jugoslawischen Mazedonien eine positive Katalysatorfunktion für die gesamte Region haben.

Wenn es beiden Seiten gelingt, auch noch die strittige Namensfrage zu regeln, dann wären positive Effekte in vielfacher Hinsicht zu erwarten: Die Normalisierung zwischen Griechenland und Mazedonien dürfte einen Aufschwung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen zur Folge haben, wovon nicht nur die jetzt schon aktiven griechischen Händler profitieren, sondern

⁸ Faruk Sen meint z.B. „daß die Türkei sich eine Mitsprache in ihrem historischen Interessengebiet vorbehält“. Ders., Die Türkei als Ordnungsmacht, in: Günther Wagenlehner (Hrsg.), Konflikte, Konfliktlösung und Friedenssicherung in Südosteuropa, München 1994, S. 130-146.

gerade auch die Bevölkerung im Nachbarstaat Mazedonien. Sobald Griechenland die Europäische Union nicht mehr so wie bisher an Unterstützungsmaßnahmen für Mazedonien hindert, kann auch die EU vermehrt zur Stabilisierung der Lage beitragen. Ein wenn auch bescheiden aufwärtsstrebendes Mazedonien verbessert die Lebensbedingungen seiner Bewohner, darunter auch der Albaner. Unter diesen dürfte die Neigung zu separatistischen Tendenzen in dem Maße abnehmen, wie sich ihr sozioökonomisches Umfeld verbessert. Aus der Kette miteinander verknüpfter Krisen und Konflikte wäre ein Glied herausgerissen.

Dem eingangs geschilderten Szenario kann also entgegengewirkt werden, wie das Beispiel des ehemaligen jugoslawischen Mazedoniens deutlich macht. Es bedarf dazu freilich des Willens aller Beteiligten, der unmittelbar betroffenen Staaten ebenso wie der Europäischen Union und der internationalen Organisationen. Und schließlich sollte die Weltöffentlichkeit über sich abzeichnende positive Tendenzen in Sarajevo nicht verkennen, daß andere Teile des Balkans noch immer an das sprichwörtliche Pulverfaß erinnern.